

6. Kontakte der FDGB-Gewerkschaftsvorstände nach Westen

Die erste Kontaktaufnahme von Gewerkschaftern aus der DDR mit gewerkschaftlichen Verwaltungsstellen in grenznahen Städten war überwiegend individuell motiviert und erfolgte unkoordiniert. Oft war sie getragen von dem Bemühen, Unterstützung für den Aufbau einer wirklichen betrieblichen oder gewerkschaftlichen Interessenvertretung der Beschäftigten zu finden. Als solches waren sie der Sache nach unmittelbar gegen den FDGB gerichtet.

Auch die Vorstände einiger FDGB-Einzelgewerkschaften bemühten sich bereits kurz nach der Grenzöffnung, offizielle Kontakte zu den Hauptvorständen der DGB-Gewerkschaften herzustellen. Ihr Bemühen zielte umgekehrt auf die Stärkung ihres Verbandes und den Ansehensgewinn ihrer Funktionäre ab. An eine mögliche Vereinigung mit Westgewerkschaften wurde dabei noch nicht gedacht.

Als im Dezember 1989 die Entscheidung im FDGB-Bundesvorstand fiel, autonome FDGB-Einzelgewerkschaften aufzubauen, war die Vorstellung, man könne nun einen wirklich demokratischen Sozialismus anstreben, noch weit verbreitet. An ein baldiges Ende der DDR als selbständiger Staat mochten nur wenige glauben. Doch je mehr die SED-Herrschaft zerfiel, je deutlicher sich die Machthaber als unfähig erwiesen, die anstehenden Probleme zu lösen, und je größer die Zahl derjenigen wurde, die die DDR verließen, desto größer wurde die Hoffnung auf eine Vereinigung mit der Bundesrepublik. Als eine solche Entwicklung immer wahrscheinlicher wurde, waren die FDGB-Funktionäre gezwungen Überlegungen anzustellen, wie sie das Verhältnis zu den Gewerkschaften der Bundesrepublik gestalten konnten. Spätestens als am 10. Dezember der alte FDGB am Ende war und Modrow fünf Tage später in seiner Antwort auf Kohls 10-Punkte-Plan den Begriff „Vertragsgemeinschaft“ einführte, lag es auch für die FDGB-Gewerkschaftsvorstände nahe, den Blick entschieden nach Westen zu richten. Dort existierten seit Jahrzehnten erfolgreiche und unabhängige Gewerkschaften, die sich als Vorbild sowohl für den eigenen Versuch, autonome Verbände aufzubauen, als auch als Adressaten für die Bitte um Beratung, Unterstützung und Zusammenarbeit anboten. Warum sollten „wir das Fahrrad noch mal neu erfinden, wir holten uns Anregungen.“¹ Das Lernen von den DGB-Gewerkschaften verlief oft ganz praktisch: „Aber wenn ich daran denke, wie wir unsere neue Satzung aufgebaut haben, dann hatten wir daneben immer die Satzung der ÖTV liegen.“²

Neben den organisatorischen und satzungsrechtlichen Fragen stellten sich für die FDGB-Gewerkschaften vor allem auch Fragen inhaltlicher Art. Mit der Perspektive auf die staatliche Einheit bei gleichzeitigem Bankrott der DDR-Wirtschaft wurde es immer wahrscheinlicher, dass die marktwirtschaftliche Ordnung der Bundesrepublik samt dem Regelwerk der industriellen und korporativen Beziehungen auf das Gebiet der DDR übertragen werden würde. Die FDGB-Gewerkschaften mussten sich darauf einstellen, die Arbeits- und Lohnbedingungen der Beschäftigten zukünftig in freien Verhandlungen mit privaten und öffentlichen Arbeitgebern auszuhandeln. Darin hatten sie aber keinerlei

1 Interview mit Getraude Sinn vom 1. Halbjahr 1991, Dokumentation, S. 376.

2 Interview mit Peter Herold vom 7. Juli 1991, Dokumentation, S. 286.